

Pflegekräfte in Brandenburg wünschen sich eine starke Vertretung ihrer Interessen in Politik und Gesellschaft.

Das ist bei der vom Landesgesundheitsministerium in Auftrag gegebenen Befragung deutlich geworden. Und es ist richtig: Nur wenn sich die beruflich Pflegenden lautstark Gehör verschaffen, werden sich die Bedingungen verbessern. Von alleine passiert nichts. Die Arbeitsbelastung ist zu hoch, das Gehalt vor allem in der Altenpflege ist zu niedrig. Von Wertschätzung ist viel die Rede, doch in der Praxis tut sich wenig. Deshalb ist es höchste Zeit, dass Pflegekräfte ihre Rechte einfordern und sich gewerkschaftlich organisieren. Arbeitgeber und Politik stehen in der Pflicht, bessere Bedingungen zu schaffen.



Annett Thielicke ist gelernte Kinderkrankenschwester und arbeitet im Städtischen Krankenhaus Eisenhüttenstadt.

»Eine Pflegekammer wäre ein zahnloser Tiger, der weder die Arbeitsbedingungen verbessern noch den Beruf attraktiver machen könnte. Stattdessen würden wir Pflegenden durch Zwangsbeiträge und verpflichtende Fortbildungen noch zusätzlich belastet, ohne dass Freistellungen und Finanzierung gesichert wären. Das lehne ich ab.«

»In Niedersachsen besteht die Landespflegekammer erst wenige Monate, doch schon jetzt haben 50.000 Menschen eine Petition für deren Abschaffung unterschrieben. Erst als die Beitragsbescheide verschickt wurden, ist vielen klar geworden, dass sie dafür bezahlen müssen. Und was haben sie davon? An den Bedingungen in der Pflege ändert sich durch die Kammer jedenfalls nichts.«



Kerstin Günther ist Altenpflegerin und Betriebsrätin beim Deutschen Roten Kreuz (DRK), Kreisverband Gifhorn.

Weitere Informationen

gesundheit-soziales-bb.verdi.de/themen/pflegekammer
gesundheit-soziales.verdi.de/themen/pflegekammern

Tel: 030 8866-5250
030 8866-5251
Fax: 030 8866-5925

ver.di-Landesfachbereich
Gesundheit, Soziale Dienste,
Wohlfahrt und Kirchen
Berlin-Brandenburg,
Köpenicker Straße 30
10179 Berlin



Foto: werkzwei

Am Ende geht's immer
ums Anfangen ...

mitgliedwerden.verdi.de

ver.di

Pflegekammer in Brandenburg?

Gegen Pflichtmitgliedschaft, gegen Zwangsbeiträge

Für eine starke Interessenvertretung

Gesundheit, Soziale Dienste,
Wohlfahrt und Kirchen
Berlin-Brandenburg

ver.di

Wollen die Pflegekräfte eine Pflegekammer?

Das lässt sich aus der Befragung – an der lediglich 1.690 der insgesamt 54.000 Pflegekräfte im Land teilgenommen haben (nur 1.224 repräsentativ ausgewählt) – nicht ableiten. Eine klare Mehrheit ist gegen einen Pflichtbeitrag. Die meisten befürchten, dass lediglich ein »organisatorischer Wasserkopf« geschaffen wird, der im Pflegealltag nichts bewirkt. Fast Dreiviertel sind davon überzeugt, dass die Pflegekammer bei den entscheidenden Themen Entlohnung und Personal-mangel keinen Einfluss hat. Damit haben sie vollkommen Recht. Respekt verschaffen wir uns nur mit einer starken, selbstbewussten Bewegung.



Torsten Winkler
ist Altenpfleger und Betriebsratsvorsitzender bei der ASB Pflegeheim GmbH Brieske in Senftenberg.

»Eine Pflegekammer wird die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung nicht verbessern. Das geschieht nur, wenn wir uns selbst dafür einsetzen. In meiner Einrichtung haben wir das gemacht. Fast die Hälfte der Beschäftigten ist ver.di beigetreten. So konnten wir 2016 einen Tarifvertrag durchsetzen. Seit Anfang 2019 gilt für uns der Flächentarifvertrag der Sozialwirtschaft. Damit sind wir deutlich besser dran als andere – und attraktiver für neue Kolleginnen und Kollegen.«

»Wie groß ist die Aussagekraft einer Umfrage, an der sich weniger als 1.700 von möglichen 54.000 Pflegekräften beteiligt haben? Ich bin davon überzeugt: Eine Pflegekammer mit Pflichtmitgliedschaft wird den Pflegeberuf nicht aufwerten. Weniger Arbeitsbelastung, mehr Gehalt – das sind für uns die entscheidenden Themen. Die Pflegekammer kann das nicht erreichen. Dafür müssen wir schon selbst etwas tun.«



Angelika Wultsch
ist Kinderkrankenschwester im Klinikum Frankfurt (Oder).

Alternativen zur Pflegekammer sind gefragt.

Jetzt ist die Landesregierung gefordert, eine andere Form der berufsfachlichen Vertretung abseits der Pflegekammer zu finden. Sinnvoll wäre eine Struktur, in der alle Akteure in der Pflege in den Dialog treten und gemeinsam gegenüber den politisch Verantwortlichen agieren können. ver.di steht für Gespräche darüber zur Verfügung. Eine Pflegekammer mit Pflichtmitgliedschaft und Zwangsbeitrag lehnen wir allerdings weiterhin ab. Auch, weil sie die Pflege spalten würde, statt mehr Einheitlichkeit zu schaffen. Denn in einer Kammer wären nur Fachkräfte repräsentiert, Pflegehelfer*innen und andere Beschäftigte blieben außen vor.

Für eine starke Interessenvertretung – für eine starke Gewerkschaft.

ver.di ist der größte Zusammenschluss von Pflegekräften in Brandenburg. Unsere Aufgabe ist nicht nur, gute Tarifverträge auszuhandeln. Wir setzen uns auch für Entlastung und Aufwertung der Pflegeberufe ein. In der Berufspolitik, zum Beispiel in der Debatte über die Reform der Pflegeberufe, bringen wir unsere Expertise ein. Zuletzt haben wir mit dem Flächentarifvertrag für die Sozialwirtschaft einheitliche Standards für rund 2.000 Beschäftigte in Brandenburg erreicht. Das wollen wir ausweiten. Am Städtischen Klinikum Brandenburg hat ver.di eine Vereinbarung zur Entlastung durchgesetzt, mit der unter anderem 60 neuen Vollzeitstellen für Pflegefachkräfte geschaffen und schichtkonkrete Personalbesetzungen für alle bettenführenden Stationen festgeschrieben werden. Auszubildende dürfen dabei nicht angerechnet werden. Zudem gilt: Keine Nacht allein. So geht Interessenvertretung!

»Die Pflegekammer ist der billigste Weg für die Politik, sich aus der Verantwortung zu stellen. Es wird eine Behörde geschaffen, die staatliche Aufgaben übernimmt, aber an den Bedingungen in der Pflege rein gar nichts verbessern kann. Und das sollen auch noch die Pflegekräfte selbst bezahlen. Das ist wirklich absurd.«



Armin Schreurs
ist Gesundheits- und Krankenpfleger im Cottbuser Carl-Thiem-Klinikum.